



# Interviews

**Datum: 27. Februar 2024**

**Sandra Schulz im Gespräch mit Karl-Josef Laumann**

**Sandra Schulz:** Am Telefon ist Karl-Josef Laumann, in Nordrhein-Westfalen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Er ist CDU-Präsidiumsmitglied und wenn es nach dem CDU-Sozialflügel geht, nach der CDA, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, dann rückt er beim Parteitag im Mai auch in die Riege der Parteivizes auf. – Schönen guten Morgen.

**Karl-Josef Laumann:** Schönen guten Morgen.

**Schulz:** Was sagen Sie, wie ergebnisoffen laufen diese Regionalkonferenzen und diese Diskussionen jetzt über das Grundsatzprogramm?

**Laumann:** Der Prozess ist ja vollkommen ergebnisoffen, weil alle Kreisverbände, alle Bezirksverbände, alle Landesverbände, die Vereinigungen alle antragsberechtigt sind. Ich glaube schon, dass es sehr, sehr viele Anträge geben wird, im dreistelligen Bereich. Wir haben für zwei Tage die Antragskommission schon mal terminiert. Aber das ist bei einem Grundsatzprogramm auch normal, denn ein Grundsatzprogramm, was an der Basis keinen interessiert, was nicht in den Kreisverbänden diskutiert wird, ist das Papier nicht wert, auf dem es steht, sondern das ist ja genau der Sinn eines Grundsatzprogramm-Prozesses, dass auch an der Basis die CDU-Mitglieder dieses Programm diskutieren.

**Schulz:** Was würden Sie denn sagen, Herr Laumann? Sie sind jetzt kein Basismitglied. Wo sind denn Korrekturen nötig?

**Laumann:** Ich glaube, aus meiner Sicht sind wenig Korrekturen nötig, aber das liegt auch daran, dass ich an der Programmkommission beteiligt war. Wenn man in diesem Prozess von Anfang an dabei war, weiß warum was zustande gekommen ist, dann hat man vielleicht einen etwas anderen Blick auf die Dinge, als wenn man jetzt

das Programm liest und sich dann Gedanken macht, wollen wir das so. Ich glaube, auch ein Programm, was keine Sätze enthält, die ein bisschen zu einer gesellschaftlichen Debatte beitragen, führt nicht. Ich habe sehr stark auf den Bereich der Sozialpolitik geachtet und da bin ich eigentlich mit dem, was wir jetzt vorschlagen – ich habe die Kommission ja auch mit geleitet -, einigermaßen zufrieden.

**Schulz:** Aber trotzdem hat die CDA ja neulich geschrieben, sie wollten, dass die sozialen Themen mehr Gehör finden in der CDU. Da gibt es keine Leerstellen?

**Laumann:** Es ist so, dass wir uns in diesem Programm zum Beispiel klar zur sozialen Partnerschaft bekennen, wir uns zu Tarifverträgen bekennen, dass wir uns zum Mindestlohn bekennen. Wir haben das Rentenniveau reingeschrieben, dass jemand, der 45 Jahre für den Niedriglohn-Bereich gearbeitet hat, eine höhere Rente haben muss wie jemand, der nicht gearbeitet hat. Wir haben viel Gutes zur Mitbestimmung drinstehen.

Natürlich bin ich der Meinung, dass wir sehr klarer auch hätten formulieren können, wie wir uns die Weiterentwicklung eines Mindestlohnes zum Beispiel vorstellen, wie wir uns vorstellen, auch unter Umständen die Mitbestimmung auf die heutige Zeit der Betriebsräte zu erweitern. Aber ich weiß auch, die CDU ist eine Partei, die sowohl Arbeitnehmerpartei ist wie allerdings auch eine Partei des Mittelstandes, und da gilt es, in einer solchen Volkspartei auch an diesen Stellen Maß und Mitte zu halten.

**Schulz:** Der Mindestlohn, den Sie ansprechen, der steht auf der einen Seite des Lohnabstandsgebots. Jetzt gehen die Vorstellungen Ihrer Partei ja in die andere Richtung, nämlich bei denen zu justieren, die keinen Lohn bekommen, nämlich an die Bürgergeld-Leute. Gehört es da zu den sozialen Themen auch dazu, wieder stärker an das C im Namen zu denken und weniger auf den Schwächsten herumzuhacken?

**Laumann:** Auf den Schwächsten herumhacken ist überhaupt keine Art und Weise und es ist schon wichtig, dass die CDU in diesem Grundsatzprogramm sehr klar macht, dass wir eine christliche Partei sind. Wir sind dem C verpflichtet. Wir haben dem C sehr viel in unserer Parteigeschichte zu verdanken. Und ich glaube auch, dass es der Kitt ist, der unterschiedlichste Menschen in der CDU zusammenhält. Außerdem hat das ja auch mit, finde ich, sehr guten und bewährten Werten zu tun, die

man mit dem Christentum verbindet. Das ist unsere Kultur, das atmet auch unser Grundgesetz und das muss und das wird auch in Zukunft zur DNA der CDU gehören, wie in der Vergangenheit auch.

**Schulz:** Aber woran wird man es merken, Herr Laumann? Die Diskussion um das Bürgergeld in den letzten Wochen war sehr stark davon geprägt, dass gesagt wurde, die Bürgergeld-Empfänger nutzten das System aus. Dieses Ausspielen von Bürgergeld-Leuten gegen Geringverdiener, wie sozial ist das?

**Laumann:** Nein, das ist überhaupt nicht sozial, und das ist auch keine gute Politik.

**Schulz:** Das macht Ihre Partei dann nicht mehr?

**Laumann:** Es gibt immer einzelne Leute, die es vielleicht machen werden, wenn sie meinen, dass sie mit diesem Populismus was erreichen. Ich kann Ihnen nur sagen, wenn man sich das Lohnabstandsgebot anguckt, gibt es da ein Problem. Aber man muss sich das von zwei Seiten ansehen. Man muss sich das von Seiten des Mindestlohns ansehen und von der Seite des Bürgergeldes.

Allerdings eines ist auch wahr und das ist auch meine Meinung hier in Nordrhein-Westfalen. Wir haben jetzt keine Massenarbeitslosigkeit, Gott sei Dank. Wir haben die höchste sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Geschichte unseres Landes. Und wir haben Arbeitskräftemangel. Wenn man einen Arbeitskräftemangel hat, muss man es auch stärker hinkriegen, Menschen, die arbeitslos sind, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Es ist jetzt ja nicht mehr so, dass wir keine Stellen haben, sondern wir haben Stellen und müssen jetzt, finde ich, alles daran setzen, die Menschen auch in den Arbeitsmarkt schneller zu integrieren, wie es uns bislang gelungen ist.

**Schulz:** Aber um das noch mal aufzuschlüsseln und klar zu verstehen: Das mit den Bürgergeld-Empfängern, die das System ausnutzen in einer mittleren sechsstelligen Zahl, das hat vor zwei Wochen der CDU-Generalsekretär Linnemann hier bei uns im Deutschlandfunk gesagt. Dem werfen Sie Populismus vor?

**Laumann:** Ich teile diese Meinung überhaupt nicht, dass man das so sagen kann, wenn er es denn so gesagt hat. Mir ist jetzt dieses Zitat nicht bekannt. Wir müssen da sehr differenziert argumentieren. Arbeitsfähige Menschen, die in der Grundsicherung sind, müssen wir in den Arbeitsmarkt integrieren. Ich weiß aber auch und das weiß auch Herr Linnemann und das weiß jeder, wir haben im Bürgergeld auch sehr viele Menschen, die so dem Arbeitsmarkt kaum zur Verfügung stehen können.

**Schulz:** Ich gehe weiter zum nächsten Punkt. Zitat aus dem Grundsatzentwurf: „Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland.“ Kann der Satz so bleiben?

**Laumann:** Ich glaube, dass man den Satz, auch das mit der Leitkultur ganz eindeutig so verstehen muss, dass unser Grundgesetz, was wir haben, mit dem Satz „die Würde des Menschen ist unantastbar“, mit der Frage der Gleichheit von Mann und Frau, mit der Toleranz gegenüber unterschiedlichen religiösen und kulturellen Einstellungen, das, finde ich, muss jeder Teilen, der dauerhaft in Deutschland leben muss. Dieses Grundgesetz, was uns unsere Verfassungsväter nach dem Krieg erarbeitet haben, ist das Beste, was uns je passiert ist, und das muss auch, finde ich, die Leitschnur, die Leitkultur sein für das Zusammenleben in Deutschland. Und wenn man es so versteht, glaube ich, kann man sehr, sehr gut damit umgehen.

**Schulz:** Aber die Frage ist ja, ob man es so verstehen kann. Müssen in einem Land, in dem wir ja leben – Sie haben es auch gerade noch mal hochgehalten -, in dem die Religionsfreiheit gilt, müssen sich manche Menschen es da erst verdienen, dazugehören, je nach Religionszugehörigkeit?

**Laumann:** Nein, das hat mit Religionszugehörigkeit gar nichts zu tun. Aber wer dauerhaft in Deutschland leben will – das erwarten wir von allen Menschen, egal ob sie zu uns gekommen sind, oder ob ihre Familien schon immer in Deutschland gelebt haben, finde ich, die müssen dieses Grundgesetz atmen, akzeptieren und, ich sage mal, auch ein Stück weit verinnerlichen. Das ist ja nicht nur eine Ansage an Menschen, die zu uns gekommen sind. Wenn ich die AfD-Entwicklung in Deutschland sehe, ist das ja auch eine Ansage an einen Teil der eigenen Gesellschaft.

**Schulz:** Sie würden nicht sagen, wenn man das so einschränkt, Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland, dass man das dann so verstehen kann, dass es gegenüber Muslimen erst mal den Verdacht gibt, dass sie unsere Werte nicht teilen?

**Laumann:** Nein, das will ich damit nicht begründen. Aber dass dieser Satz jetzt auch in der ganzen Debatte in den Regionalkonferenzen eine Rolle spielt, verstehe ich, und ich glaube auch, dass diejenigen, die in der CDU aktiv sind und einen muslimischen Hintergrund haben, das auch zur Sprache bringen werden, und dann werden wir am Ende sehen, was da beschlossen wird.

**Schulz:** Aber trotzdem, wenn ich Sie richtig verstehe, wird er drin bleiben?

**Laumann:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß auch nicht, wie ein Parteitag am Ende über diese Fragen diskutiert und entscheidet. Eines ist ganz sicher: Das Grundsatzprogramm wird diesen großen Grundsatzparteitag Anfang Mai mit Sicherheit nicht so verlassen, wie es eingebracht worden ist. Das ist aber auch ein ganz normaler Vorgang. Sonst brauchten wir ja gar nicht über viele, viele Stunden oder anderthalb Tage das Programm diskutieren.

**Schulz:** Jetzt hat Friedrich Merz wirklich lange und zäh darum gekämpft, das Amt als CDU-Chef zu bekommen, wo er jetzt ist. Er hat sich vorher auch mit teilweise wirklich absolut ätzender Kritik an Angela Merkel gemeldet, hat von „Mehltau“ gesprochen. Wie hat er die Partei jetzt verändert?

**Laumann:** Ich glaube, dass er der Partei eine klare Richtung gegeben hat, was auch in Oppositionszeiten notwendig ist. In Oppositionszeiten kann man CDU pur machen. Ich glaube, dass die Merkel-Zeit eine gute Zeit für Deutschland war, aber wir haben in der Merkel-Zeit immer bis auf vier Jahre in einer Großen Koalition gearbeitet und das heißt auch, dass man keine CDU-Politik pur machen konnte. Ich glaube, dass Friedrich Merz sehr stark verinnerlicht hat, dass er Parteivorsitzender einer Volkspartei ist. Das hat auch ihn verändert in der Frage, dass er den Laden zusammenhalten muss und auch weiß, dass wir sehr unterschiedliche Strömungen haben, sowohl in

den unterschiedlichen Landesverbänden wie auch durch die Vereinigungen, weil CDU eben Volkspartei ist. Wir sind ja eine Partei der ländlichen Regionen, aber auch der Städte. Wir haben Frauen, wir haben Männer, wir haben viele Berufe. Das ist schon eine sehr bunte Mischung und das muss auch so sein.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*